

Veränderte Ausbildungs- landschaften – welche Zukunft hat das Duale System?

Helmut Pütz

*Dr. phil., Stellvertretender
Generalsekretär des Bundes-
instituts für Berufsbildung*



Die Zukunft des deutschen Dualen Systems der beruflichen Bildung in Betrieben und beruflichen Schulen ist ebenso wie die berufliche Weiterbildung vor stark veränderten Ausbildungslandschaften zu beurteilen. Erhebliche Trendveränderungen bestimmen die Qualifikationssysteme. Dazu soll im folgenden zunächst das Gesamtbild der beruflichen Bildung und Weiterbildung in Deutschland in einigen Stichworten dargelegt und konkrete Herausforderungen „im Rahmen der Bildungspolitik der Bundesregierung“ erörtert werden.

Herausforderungen an die berufliche Bildung in Deutschland

Die wesentlichen Herausforderungen zeigen sich in folgendem:

- Wir haben es zu tun mit dem individuellem Recht des einzelnen, insbesondere des jungen Menschen, auf Bildung und andererseits den Anforderungen der Arbeitswelt und der konkreten betrieblichen Arbeitsplätze, an denen ständig Leistung erbracht werden muß.
- Die Berufsausbildung, von manchen fälschlicherweise als „Erstausbildung“ bezeichnet, hängt immer enger zusammen mit den Anforderungen und Inhalten beruflicher Weiterbildung.
- Einerseits streben Jugendliche mit regulären und „normalen“ Schulabschlüssen und junge Erwachsene nach Aus- und Weiterbildung, andererseits haben wir es mit Problemgruppen zu tun, nämlich lernschwachen, benachteiligten Jugendlichen und Problemgruppen von Erwachsenen auf dem Arbeitsmarkt.
- Das deutsche Berufsbildungssystem blickt auf eine lange und erfolgreiche Tradition zurück, ist aber auch in der Gefahr, inflexibel, bürokratisch, verrechtlicht und korporativ erdrückt zu werden und muß andererseits durch ständige Innovation den gesellschaftlichen Wandel mitvollziehen und auch in Zukunft seine Tauglichkeit beweisen.
- Die Dualität von Ausbildung im Betrieb, geregelt durch bundeseinheitliche staatliche Ausbildungsordnungen, und in Teilzeitberufsschulen mit ihren Rahmenlehrplänen für den Unterricht muß immer wieder in eine Kooperation auf allen Ebenen, insbesondere „Vor-Ort“ gebracht werden.
- Betriebliche Ausbilder einerseits und Lehrer an beruflichen Schulen andererseits müssen zusammenarbeiten, haben aber auch unterschiedliche Aufgaben und Betrachtungsweisen.
- Berufsausbildung und Weiterbildung finden sowohl in großen Betrieben der Industrie wie auch in mittleren und kleinen Betrieben des Handwerks und z. T. des Handels statt, und sind von unterschiedlichen Anforderungen und Qualitätsmerkmalen geprägt.

- Berufsbildung und Weiterbildung geschehen einerseits in gewerblichen Berufen, aber andererseits auch in kaufmännischen und darüber hinaus zunehmend in weiteren Dienstleistungs- und sozialen Berufen (steigende Bedeutung der Pflegeberufe).

- Arbeitgeber und Gewerkschaften sind an der Aus- und Weiterbildung beteiligt, haben gegensätzliche Interessen als „Sozialparteien“, sind aber auch zum Konsens aufgerufen.

- Der Staat hat in der beruflichen Bildung und Weiterbildung eine Ordnungsverpflichtung, die in Einklang gebracht werden muß mit den Rechten und Pflichten der Wirtschaft in der beruflichen Bildung.

- Für bundesgesetzliche Regelungen und Rechtsverordnungen ist die Bundesregierung zuständig, während die Landesregierungen für die beruflichen Schulen und die Lehrpläne der Teilzeitberufsschulen verantwortlich zeichnen.

- Neben den nationalen Aspekten der Berufsbildung und Weiterbildung in Deutschland werden internationale Einflußfaktoren, insbesondere aus der Europäischen Union, immer bedeutsamer.

Um die Probleme und Weiterentwicklungen der beruflichen Bildung und der Weiterbildung zu bewältigen, sind Berufsbildungsforschung und Dienstleistungen insbesondere für Betriebe und Schulen in der Ausbildung notwendig. Sie müssen vor allem vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und den Landesinstituten für Curriculumentwicklung der Bundesländer, hier für die beruflichen Schulen und für die Lehrerfortbildung, permanent geleistet werden. Aber auch die Einrichtungen der Hochschulen, insbesondere der Universitäten, mit ihren Instituten zur Ausbildung von Berufs- und Wirtschaftspädagogen, sowie privatwirtschaftliche Forschungs- und Entwicklungsinstitute in der Berufs- und Weiterbildung dienen letztend-

lich der Verbesserung der Berufsbildungspraxis. Hinzu kommen noch die zahlreichen Kooperationsverflechtungen mit ausländischen Berufsbildungsinstituten, insbesondere denen der Europäischen Union und denen in Mittel- und Osteuropa sowie in aller Welt.

Auch heute ist es noch so, daß rund 70 Prozent eines Altersjahrgangs in Deutschland (rund 1 Mio. junge Menschen) eine berufliche Bildung im Dualen System absolvieren, allerdings ist dieser Anteil von einer deutlich sinkenden Tendenz geprägt. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß immer mehr Jugendliche in Deutschland höhere Schulabschlüsse erwerben, über das Abitur eine Hochschulausbildung anstreben und damit das Potential für eine Ausbildung im Dualen System tendenziell verkleinern.

In diesem Zusammenhang ist der Anteil eines Jahrgangs, einer „Alterskohorte“, mit Übertritt zu den Hochschulen in Höhe von rd. 20 Prozent von deutlich steigender Tendenz bestimmt. Rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs bleiben ohne berufliche Qualifikation und müssen zur Gruppe der benachteiligten Jugendlichen gezählt werden.

Die große Bedeutung der dualen Berufsausbildung in Deutschland wird deutlich, wenn man die rd. 70 Prozent Übergänge in die Berufsausbildung als Gesamtheit betrachtet und weiter aufschlüsselt: Rd. 88 Prozent von diesen jungen Menschen erhalten ihre erste berufliche Qualifikation im Dualen System und in Teilzeitberufsschulen, rd. sieben Prozent besuchen berufliche Vollzeitschulen mit Berufsabschluß und ungefähr fünf Prozent, überwiegend lernschwache, benachteiligte Jugendliche, werden in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, verbunden mit Besuch der Teilzeitberufsschule, ausgebildet.

Die entscheidende Frage im Hinblick auf die Zukunft der dualen Berufsbildung und Weiterbildung in Deutschland ist, ob genügend Bewerber für diese Form der Berufsbildung

auch in Zukunft zur Verfügung stehen oder ob unsere Berufsbildung dadurch austrocknet, daß zuwenig Jugendliche dazu bereit sind, nach dem Motto: „Stellt Euch vor, es gibt ein Duales System und keiner geht hin!“

Bedroht ist unser System der Berufs- und Weiterbildung aber auch von einem möglichen Nachlassen der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, besonders dadurch, daß Großindustriebetriebe sich immer mehr aus der Ausbildungsverantwortung zurückziehen, den Nutzen der Berufsausbildung auch in ihrer eigenen betriebswirtschaftlichen Beurteilung nicht mehr einsehen und die Berufsausbildung zu einer überwiegender Handwerksausbildung verkümmert.

Strukturveränderungen in der Wirtschaft

Die Lean-Konzepte, der starke Kostendruck in den Unternehmen, die fortlaufende Rationalisierung, die Organisationsentwicklung, vor allem im Hinblick auf Gruppenarbeit, Auftrags- und Kundenorientierung, die Produktionsnotwendigkeiten der Just-in-time-Produktion, die Entwicklung zu immer mehr Auslagerung von betrieblichen Tätigkeiten (Out-sourcing) und nicht zuletzt rapide technologische Entwicklungen, Automatisierung und Roboterisierung führen alles in allem im Zusammenhang mit dem Abbau von Arbeitsplätzen auch zum Wegfall von Ausbildungsplätzen. Insbesondere in Großbetrieben bedeutet dies eine Einschränkung von Aufstiegsmöglichkeiten für betrieblich Aus- und Fortgebildete auf verschiedenen Hierarchieebenen, z. B. für Meister. Deshalb muß neben der vertikalen Aufstiegsfortbildung auch eine horizontale Entwicklung und Förderung durch neue „Mobilitätspfade“ sowie durch berufliche Karrierewege bei der Besetzung mittlerer Positionen in Unternehmen im Hinblick auf berufliche Perspektiven wiederhergestellt oder neu geschaffen werden. Das gilt insbesondere für die Besetzung mittlerer Po-

sitionen in Mittel- und Großunternehmen. Das negative Personal-Substitutionsverhalten von Betriebsleitungen gefährdet letztendlich das Duale System der Berufsausbildung und die berufliche Weiterbildung.

Zur Entwicklung in den Dienstleistungsberufen

Die Entwicklung zu größerer Bedeutung und zu höheren Beschäftigungszahlen der Dienstleistungsberufe ist eindeutig. Hierbei handelt es sich um technisch-produktionsorientierte, kaufmännische und um andere personale und soziale Dienstleistungen, wie etwa im Bereich der Pflegeberufe. Es existiert ein allgemeiner internationaler Trend in Industrieländern zur Dienstleistungsgesellschaft, wobei dieser Trend in Deutschland eher leicht verzögert erfolgt. Nach den Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Prognos-Instituts wandelt sich die Arbeitsgesellschaft, wenn auch allmählich, so doch tiefgreifend. Allen westlichen Industriestaaten ist gemeinsam, daß sie sich zunehmend von Industrie- zu Dienstleistungsgesellschaften wandeln, wobei diese Dienstleistungen häufig in unmittelbarem Zusammenhang mit qualitativ hochwertiger Produktion stehen. Der „Dritte Sektor“ wächst: Handel, Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Nachrichtenwesen; private und öffentliche Dienste gewinnen an Bedeutung. Dagegen haben Landwirtschaft und Bergbau (Erster Sektor) und der engere Bereich der produzierenden Industrie (Zweiter Sektor) rückläufige Beschäftigtenzahlen.

Dieser Trend ist auch in Deutschland sowohl in der alten Bundesrepublik und jetzt auch beschleunigt in den neuen Bundesländern erkennbar. So arbeitet in den alten Bundesländern heute bereits weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen in diesen beiden Sektoren der Produktion, in den USA nicht einmal mehr jeder Dritte.

Aus den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Arbeitsorganisation, insbesondere dem Trend zum Anstieg der Dienstleistungsbereiche und zur Höher- bzw. Andersqualifizierung ergeben sich Konsequenzen für die Qualifizierungsnotwendigkeiten und Qualifikationsziele der beruflichen Bildung.

Die erste Konsequenz ist, daß ein ausreichendes differenziertes und qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten und Weiterbildungsangeboten von der Bildungspolitik und insbesondere der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden muß. Die Allgemeinbildung und die berufliche Fachbildung müssen stärker miteinander verbunden werden. Aus- und Weiterbildung müssen inhaltlich verschränkt werden und arbeitsteilig vorgehen. Nicht nur Fertigkeiten und Kenntnisse, sondern auch personale und soziale Kompetenzen (Schlüsselqualifikationen) müssen als berufsübergreifende Qualifikationen für die Bewältigung des Rückgangs der Arbeitszerlegung, der Dezentralisierung und der Ausbreitung flexibler Fertigungssysteme und der Gruppenarbeit vermittelt werden. Die Weiterbildung insgesamt, speziell die berufliche und betriebliche, gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Aktuelle Ausbildungsplatzsituation

Auf absehbare Zeit wird das strukturelle Ausbildungsplatzdefizit nicht behoben werden können. In den ostdeutschen Ländern ist der Ausbildungsplatzmangel durch tiefgreifende wirtschaftsstrukturelle Veränderungen bedingt und bleibt bestehen trotz der hohen Ausbildungsleistung bzw. der jährlichen Steigerung des Ausbildungsplatzangebots im Handwerk um 20 bis 25 Prozent. Es ist aber wichtig, von der überhöhten staatlich subventionierten, außerbetrieblichen Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern wegzukommen. Über Ausbildungsverbundsysteme, die ihrerseits in der Organisation

staatlich gefördert werden, können mehr betriebliche Ausbildungsplätze in Zukunft geschaffen werden. Mit steigender Wirtschaftskraft in Ostdeutschland müßte auch die Industrie in der Lage sein, in Zukunft mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Die Quote der Hochschulzugangsberechtigten bei der Bewerberzahl um betriebliche Ausbildungsplätze ist in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland, obwohl Studienplätze an den Universitäten unbesetzt bleiben.

In Westdeutschland schließt sich die Schere zwischen Ausbildungsplatzangebot und Nachfrage von Jugendlichen immer mehr, so daß der Überhang angebotener Ausbildungsplätze immer geringer wird. Auch hier kann die gestiegene Ausbildungsleistung des Handwerks den Verlust industrieller Ausbildungsplätze nicht ausgleichen.

Während 1994 im größten Ausbildungsbereich Industrie und Handel die Zahl der Auszubildenden kräftig sank (– 8,0 Prozent bzw. 63 000), und zwar sowohl im Westen (– 8,5 Prozent) wie im Osten (– 5,5 Prozent), erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden im Handwerk um 3,6 Prozent (21 000). Besonders in den neuen Ländern (+ 17 000) hat das Handwerk auch Ausbildungsplätze bereitgestellt. Den stärksten prozentualen Rückgang (– 9,7 Prozent oder 7 000) bei den Auszubildenden verzeichnete der öffentliche Dienst. Die Abnahme im Westen (– 8 000) konnte durch den Zuwachs in den neuen Ländern (+ 1 000) nicht ausgeglichen werden. In den Ausbildungsbereichen Freie Berufe und Landwirtschaft blieb die Zahl der Auszubildenden mit 159 000 bzw. 29 000 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant, bei Rückgängen im Westen und Zugängen im Osten. Lediglich im Bereich Hauswirtschaft (12 000) verlief die Entwicklung umgekehrt, einer Zunahme im Westen (+ 4,4 Prozent) stand ein Rückgang (– 12,4 Prozent) in den neuen Ländern gegenüber. Die Zahl der von Januar bis Dezember 1994 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist gegenüber dem

Vorjahr um 1,1 Prozent (7 000) auf 565 000 zurückgegangen (ibv, Nr. 31, vom 2. 8. 1995).

Nach einer Untersuchung des BIBB wird die Entwicklung zum Abbau von Ausbildungsplätzen fort dauern. Die Zahl der Unternehmen, die den Abbau plant, ist deutlich größer als die Zahl derjenigen, die ihre Ausbildungsleistungen erhöhen wollen. Gewerblich-technische Berufe werden von diesem Rückgang etwas weniger als andere Berufe betroffen sein. Während sich in diesem Berufsbereich ein Minus von neun Prozentpunkten zwischen denjenigen Betrieben ergibt, die eine Erhöhung (13 Prozent), und denen, die eine Einschränkung (22 Prozent) der Ausbildung planen, liegt die negative Entwicklung bei den kaufmännischen Berufen bei Minus zwölf Prozentpunkten: Acht Prozent der Betriebe wollen mehr, aber 20 Prozent weniger Ausbildungsplätze bereitstellen. Für alle übrigen Berufe ist mit einem Minus von 13 Prozentpunkten zu rechnen: Elf Prozent planen den Ausbau, 24 Prozent dagegen eine Reduzierung der Ausbildung. Gründe für den Rückzug aus der Ausbildung sind

- kein Bedarf an neu ausgebildeten Fachkräften
- Ausbildung zu teuer
- schlechte wirtschaftliche Lage
- keine geeigneten Bewerber
- Rekrutierung von Fachkräften vom Arbeitsmarkt
- Durchführung und Organisation der Ausbildung zu aufwendig
- hohes Angebot an (Fach-)Hochschulabsolventen.

Vorschläge zur Stärkung des Berufs- und Weiterbildungssystems

Welche Möglichkeiten bieten sich an, zu einer Stärkung des Dualen Berufsbildungssystems und der beruflichen Weiterbildung in Deutschland beizutragen?

Differenzierung

Eine bessere Differenzierung und Individualisierung für lernschwache und auch für besonders begabte Jugendliche in der beruflichen Bildung und in der Aufstiegsfortbildung muß durch gezieltere Förderung verwirklicht werden. Das kann auch durch intensiveres „Lernen an der Arbeit“ und Zusatzqualifikationen, wie internationale Kompetenzen, Sprachen, Servicequalifikationen sowie kaufmännische bzw. gewerbliche Zusätze erreicht werden.

Im Hinblick auf die Qualifizierungsbedürfnisse und -befähigungen von benachteiligten Jugendlichen sowie aus der Sicht von Fachkräftenachwuchs nachfragenden Betrieben sind gegebenenfalls kürzere zweijährige und einfachere sowie Ausbildungsgänge in Baustein-/Modul-Gliederung besonders geeignet. Denn sie vermitteln benachteiligten Jugendlichen leichter verwendungs-, bedürfnis- und fähigkeitsorientierte Teilqualifikationen und Zertifikate, die zu Vollqualifikationen komplettiert werden sollen, wie auch von vornherein die komplette Berufsqualifikation in einem differenziert-einheitlichen Ausbildungsgang vermittelt werden kann. Das Baukasten-/Modulsystem des Ausbildungsgangs ist eine curricular-didaktische Binnendifferenzierung, daneben auch Organisations- und Ordnungsprinzip. Verschiedene Qualifikationsbündel aus „genormten“ Bausteinen zur Vermittlung von Kenntnissen, Fertigkeiten und berufsübergreifenden Qualifikationen auf der Grundlage von individuellen Förderungsplänen werden dazu im Rahmen von staatlich anerkannten Ausbildungsberufen entwickelt. Solche Modul-Ausbildungsgänge für lernschwache Jugendliche sind in Forschungsprojekten zu untersuchen und in Modellversuchen auszuprobieren, ggf. in Erprobungs-Rechtsverordnungen abzusichern.

Berufsausbildung und Weiterqualifizierung von benachteiligten Jugendlichen können im

Bausteinsystem miteinander vernetzt werden. Die Bausteine sollen zusammensetzbar zur vollen Facharbeiterqualifikation gestaltet werden. Der Gefahr, daß dieses Ziel verfehlt wird, muß dadurch begegnet werden, daß das Ziel der Ausbildung in einzelnen Bausteinen an der Ausbildungsordnung des staatlich anerkannten Ausbildungsberufs und seiner Prüfungsanforderungen ausgerichtet ist. Die horizontale und vertikale Anordnung der Bausteine sowie ihre inhaltliche Gliederung ermöglichen eine besonders effiziente Verknüpfung mit der späteren beruflichen Weiterbildung, die ohnehin vielfach modularisiert ist und werden kann.

Das neue Finanzierungswerk der Bundesregierung zur Begabtenförderung von Absolventen der Berufsausbildung und das neue finanzielle Förderprogramm der Bundesregierung für die Meister-Aufstiegsfortbildung („Meister-Bafög“) sind wichtige und richtige Maßnahmen zur Begabtenförderung in der beruflichen Bildung und damit auch zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung.

Verbundausbildung

Die Ausbildung im Verbund, die damit verbundene Nutzung brachliegender Teilkapazitäten in der Ausbildung, der Ausgleich von fachlichen Spezialisierungen verschiedener Betriebe, der „sanfte“ Einstieg von bisher nicht ausbildenden Betrieben in die Berufsausbildung, die Nutzung der Lernvorteile in unterschiedlicher Betriebspraxis, die mögliche Senkung der Abbrecherquote in der Ausbildung und schließlich die Prüfungsvorbereitung von Lehrlingen sind überzeugende Gründe zur Förderung der Ausbildung im Verbund.

Die Organisation der Verbundausbildung ist schwierig und teuer. Eine staatliche Finanzierung ist aber besser als die überzogene Förderung der außerbetrieblichen Ausbil-

dung, die in den ostdeutschen Ländern staatlicherseits mittlerweile 60 Prozent der Ausbildung umfaßt.

Verbundausbildungen sind möglich zwischen einzelnen Betrieben, zwischen Betrieben und Berufsschulen und zwischen Betrieben und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten. Der Verbund ist sinnvoll mit einem Leitbetrieb, der Partnerbetriebe zusammenführt oder als Konsortium, in dem sich die Verbundbetriebe wechselseitig ergänzen oder als Ausbildungsverein, wobei der Verein als „Ausbildender“ für seine Verbundbetriebe auftritt.

Finanzierung

Angesichts des anhaltenden Kostendrucks, vor allem in Groß- und Industriebetrieben, und des daraus resultierenden Rückgangs an Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsplätzen müssen die Fragen des Nutzens von Ausbildung in den Vordergrund gestellt und eine gerechtere Finanzierung der betrieblichen Ausbildung im Sinne eines Lastenausgleichs zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben angestrebt werden. Eine Belohnung ausbildender Betriebe durch weitere, demonstrativere steuerliche Begünstigung ist dabei wirksamer als eine zentrale Fonds-Umlage-Finanzierung, die nicht geeignet ist. Steuervorteile für ausbildende Betriebe können z. B. bei der Körperschaftsteuer eingerichtet werden. Es ist aber auch vorstellbar, daß nicht ausbildende Betriebe, die unterhalb einer bestimmten Ausbildungsquote liegen, einen finanziellen Ausgleich an gut ausbildende Betriebe zahlen, der auf Kammer- oder Branchenebene erhoben und umverteilt wird.

Neue Berufe

Neue Berufe müssen arbeitsmarktgerecht in den Bereichen der technisch-produktionsorientierten, der personalen sowie der sozia-

len und Pflege-Dienstleistungen entwickelt werden.

Es dauert meist relativ lange, bis die neuartigen Elemente eine „kritische Menge und Qualität“ erreichen, so daß sie das bisherige Berufsbild sprengen. Dies gilt für die rd. 370 Ausbildungsberufe in noch stärkerem Maß, da sie i. d. R. für ein breites Spektrum beruflicher Tätigkeiten ausgelegt sind, als für die rund 25 000 Erwerbsberufe/Tätigkeiten. Daher zeichnet sich der Bedarf an neuen Qualifikationen meist zunächst im Bereich der beruflichen Weiterbildung bzw. in der betrieblichen Personal- und Organisationsentwicklung ab.

In Deutschland entwickelt sich u. a. aufgrund gesetzlicher Neuerungen, eines sozioökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Wandels sowie privater Verhaltensänderungen eine wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen. Deren Tätigkeitsanforderungen/Qualifikationen sind bisher nicht oder unzulänglich erforscht, systematisiert und hinsichtlich ihrer möglichen Bündelung in neuen Aus- bzw. Weiterbildungsberufen untersucht.

Auf diese vielfältigen Entwicklungen müssen die berufliche Bildung und Weiterbildung in Deutschland zukünftig schneller und konkreter reagieren. Der Konsens der Sozialparteien, also Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, ist hierbei ein hohes Gut. Wenn dieser Konsens allerdings nicht funktioniert, wenn die Konsensfindung von einer oder beiden Sozialparteien blockiert wird, muß der Staat als Ordnungsgeber und Verantwortlicher für das Gemeinwohl, insbesondere die Berufs- und Lebenschancen junger Menschen, einschreiten. Das kann dadurch geschehen, daß den Sozialparteien eine Frist zur Einigung gesetzt wird. Ist diese Frist ergebnislos verstrichen, wird der Staat als Ordnungsgeber auch ohne vorherigen Konsens der Sozialparteien tätig und erläßt Rechtsverordnungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Gleichwertigkeit und Oberstufe im Dualen System

Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der allgemeinen muß durch Gleichstellung des Abschlusses der Berufsausbildung mit dem mittleren Schulabschluß und des Abschlusses der Fortbildung auf Meister-/Fachwirtniveau mit dem Hochschulzugang ohne weitere formale Hürden, aber mit Studienunterstützung hergestellt werden. Der heute noch intransparente und höchst differenzierte Bereich der beruflichen Fortbildung, vor allem auf Meister-, Fachwirt-, aber auch auf Kammerebene generell, muß systematisiert und durch Rahmengesetzgebung des Bundes geordnet und zu einer klaren „Oberstufe des Dualen Systems“ ausgebaut werden, damit auf diese Weise vor allem durch betriebliche Karrieren die Spitze der Einkommens- und Prestigepyramide erreicht werden kann. Aber auch die Option für ein Hochschulstudium über den Weg der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung muß ausgebaut und generalisiert werden. Die in jüngster Zeit erfolgten Schritte und Maßnahmen der meisten Bundesländer, die allerdings noch sehr uneinheitlich, differenziert und voller Hürden sind, gehen in die richtige Richtung und sind ein großer Fortschritt.

Auf diesem Feld müßte auch der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen, indem eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Beispiel im Dualen System, plus beruflicher Qualifikationsphase im Arbeitsleben, den Zugang zum mittleren Dienst eröffnet. Eine abgeschlossene Berufsausbildung plus abgeschlossener beruflicher Fortbildung, z. B. zum Meister oder Fachwirt, plus weitere berufliche Qualifizierung im Arbeitsleben sollte den Zugang zum gehobenen Dienst in der öffentlichen Verwaltung ermöglichen.

Ein nicht unerheblicher Teil dieser Fortbildungsmöglichkeiten geschieht entsprechend

Absatz 2 des § 46 des Berufsbildungsgesetzes: Hier ist eine bundesweite Anerkennung und Zertifizierung des Fortbildungsberufs selbstverständlich. Das gilt aber nicht für eine bundesweite Regelung der Fortbildungsabschlüsse auf Kammerebene (§ 46 Abs. 1 BBiG). Hier ist die Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit etwa bei den Zugangsvoraussetzungen oder Lehrgangsanforderungen nicht gewährleistet: Regionale Fortbildungsgänge schwanken im Aufwand zwischen 100 und 2 400 Stunden. Vielfältige Kammerfortbildungsregelungen werden erlassen, obwohl es bundeseinheitliche Regelungen gibt. Für etwa 200 regionale Fortbildungs-„Berufe“ gibt es rd. 2 000 lokale Kammer-Fortbildungsregelungen, die als Rechtsverordnungen der Kammern nach § 46 Abs. 1 des BBiG erlassen worden sind. Die Aufstiegsmöglichkeiten über berufliche Weiterbildung sind bis heute allzu verschlungene, intransparente Wege, die aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit für Jugendliche nach Ende der Grundschule/Pflichtschulzeit und zu Beginn der dualen Ausbildung aber auch für Eltern kaum überschaubar und deshalb unattraktiv sind. Die Nachfrage nach dem Aufstiegsweg Berufsqualifikation plus Fortbildungsqualifikation mit der Option für ein Hochschulstudium wird nur dann ebenso groß sein wie nach dem „Königsweg“ über mittlere Reife und Abitur, wenn diese Seite der Aufstiegspyramide des Einkommens und Sozialprestiges ebenso klar und einfach geregelt, durchschaubar und attraktiv ist, wie der Weg über Abitur zur Universität.

Gesellschaftlich muß in Deutschland endlich anerkannt werden, daß nicht allein das humanistische Bildungsideal für Hochschulreife maßgeblich ist, sondern ebenso die Berufsbildungs- und Fortbildungsqualifikation, verbunden mit qualifizierter Berufstätigkeit und dem Erwerb von Berufsreife, sozialen und personalen Qualifikationen (Schlüsselqualifikationen). Auf diese Weise würde der Eigenwert der andersartigen aber gleichwertigen Qualifikation der fachlichen beruflichen

Fortbildung, der fachlichen Studierfähigkeit, der Persönlichkeitsentwicklung, der Arbeitsmotivation sowie der sozialen und persönlichen Reife in zweckmäßiger Weise anerkannt.

Mit dem Aufbau eines solchen „Dualen Systems der Weiterbildung“ einer „Oberstufe des Dualen Systems“ würde ein staatlich kontrolliertes Marktmodell der Fortbildung zur Sicherung der Qualitätsstandards der Berufs- und Weiterbildung in Deutschland und zur Schaffung einer attraktiven Alternative zum „Königsweg“ der gymnasialen und Hochschulbildung eingerichtet. Die Wirkung von Fortbildungsregelungen ausschließlich auf Kammerebene, die nicht bundesweite Geltung und eigentliche staatliche Anerkennung haben, ist beschränkt. Orientierungswirkung und Bewußtseinsbildung erfolgen erst durch „Systembildung“, z. B. wie es die Meisterebene in Industrie und Handwerk darstellt. Die Attraktivität dieser Fortbildungsregelungen nimmt mit der bundeseinheitlichen Regelung und damit Systembildung zu: Man darf nicht lange nachdenken müssen darüber, was Fortbildungsordnungen, Fortbildungsberufe sind. Dies sollte im Sinne der Transparenz allgemein bekannt sein, um allgemein anerkannt zu werden.

Insgesamt wird deutlich, daß das Duale System der Ausbildung ohne Fortbildungsberufe in einem geordneten Weiterbildungsbereich nur wenig Zukunft haben dürfte. Ohne überzeugende und für alle transparente Aufstiegsmöglichkeiten seiner Absolventen durch ein System staatlich anerkannter Fortbildungsberufe bliebe das Duale System ein Torso ohne Zukunft. Gerade die Schulabgänger mit besseren Noten bzw. mit Realschulabschluß oder Hochschulreife, werden sich ohne derartige Perspektiven weit überwiegend einem Studium zuwenden. Die Wirtschaft bleibt dann langfristig ohne geeigneten, ausreichend qualifizierten Fachangestellten- und Facharbeiternachwuchs, ihre Innovationsfähigkeit wird fundamental gefährdet.

Fazit

Die hier dargelegten konkreten Maßnahmen zur Stärkung des Berufsbildungs- und Weiterbildungssystems in Deutschland wären der beste und wirkungsvollste Beitrag zur Sicherung des Dualen Systems in der Zukunft, eines ausreichenden Fachkräftenachwuchses für Wirtschaft und Verwaltung, zur Befriedung individueller Weiterbildungs- und Aufstiegsbedürfnisse bis an die Spitze der sozialen und der Einkommenspyramide sowie zur Attraktivitätssteigerung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Der im Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelte Vorschlag für ein eigenständiges und gleichwertiges Berufsbildungssystem im dualen Verbund mit betrieblich-beruflichen Optionen bzw. Hochschulzugang zeigt einen konkreten Weg zur Realisierung auf den drei Ebenen:

- Berufsausbildung dual in Berufsschule und Betrieb zum Facharbeiter/Fachangestellten/Handwerksgesellen
- Fortbildung in Weiterbildungseinrichtungen (auch beruflichen Schulen) und Betrieben zum Meister, zum Fachwirt und vergleichbaren/weiteren Fortbildungsabschlüssen
- Hochschulabschlüsse durch Studium an Fachhochschulen und sonstigen Hochschulen in Kombination mit (Teilzeit-)Berufstätigkeit und weiterer Qualifizierung in Betrieben.